

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 4

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

WACHSENDE UNRAST IN SPANIEN

Die Streiks spanischer Arbeiter im April und Mai und die Verbannung oppositioneller Politiker durch Franco im Juni haben den Europäern wieder die prekären Verhältnisse in diesem Randgebiet des Kontinents vor Augen geführt. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges ist über ein Vierteljahrhundert verflossen. Nach dem Ende der blutigen Kämpfe, bei denen auf beiden Seiten ausländische Unterstützung nicht gefehlt hatte, versuchte Franco mit Hilfe außenpolitischer Neutralität und Isolierung dem Land normale und stabile Zustände zu verschaffen. Das Abkommen mit den USA über Stützpunkte und Militärhilfe (1953), die Aufnahme in die UN (1955) und der Beitritt zur OEEC (1959) waren dann erste Ansätze, den Weg zurück in die Gemeinschaft der Völker zu finden. Das beschleunigte Tempo der *wirtschaftlichen Integration* stellt die Diktatur nun vor neue äußere und innere Probleme. Am 9. 2. dieses Jahres richtete die spanische Regierung ein Assoziationsgesuch an die EWG. Wirtschaftskreise drängen immer mehr darauf, die selbstgewählte Isolierung aufzugeben und dem rückständigen Land den Anschluß an die westeuropäische Entwicklung zu ermöglichen. Die wirtschaftliche Dynamik droht aber das *starre System der Diktatur Francos* zu unterwühlen. Die militärische Präsenz der USA, der wachsende Güteraus-tausch mit Westeuropa, die fortschreitende Industrialisierung, die allmähliche Erhöhung des Lebensstandards in verschiedenen Regionen des Landes, Zunahme des Tourismus und Abwanderung von eigenen Arbeitskräften nach Westeuropa — all diese Tatsachen und ihre Folgen beginnen auf die spanische Bevölkerung einzuwirken. Die Armut wird nicht mehr als unabänderliches, von höherer Hand verfügbares Schicksal ertragen. Ein neues Selbstbewußtsein wächst, in der Arbeiterschaft wie unter der jungen akade-

mischen Generation, die ihre Verbindungen mit dem Ausland aufnehmen will, hungrig nach neuen Ideen und Erfahrungen.

Streikbewegung der Arbeiter

Vor dem Hintergrund dieses wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Umbruchs müssen die Ereignisse gesehen werden. Die Streikbewegung setzte Anfang April in den asturischen Kohlenbergwerken ein, griff dann auf die Industrien von ganz Nordspanien über und machte auch vor den großen Städten Spaniens nicht Halt. Die Arbeiter forderten eine *Erhöhung ihrer Löhne*, die hinter der allgemeinen Teuerung zurückgeblieben waren. In den Verhandlungen, die sich seit langem hinzogen, schien es zu keinen befriedigenden Resultaten zu kommen. Dabei muß an die Tatsache erinnert werden, daß die staatliche Einheitsgewerkschaft — ähnlich den Staatsgewerkschaften kommunistischer Prägung — für die Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber verantwortlich ist; freie Organisationen nach dem Muster der westeuropäischen Gewerkschaften fehlen. Es gab darum keine sichtbare Zentrale für die illegale Streikbewegung. Die Arbeitsniederlegungen griffen von Betrieb zu Betrieb, von Provinz zu Provinz über und hatten ihre stärkste Ursache in der allgemeinen Unzufriedenheit der Arbeiterschaft. In der mächtigen Grundwelle trat während zwei Monaten das *politische Malaise* zutage, das in den letzten Jahren unter der Diktatur Francos angewachsen ist. Ende Mai gab das Regime dem Druck etwas nach und erhöhte die Kohlenpreise, die eine Erhöhung der Arbeitslöhne möglich macht.

Die Streikbewegung fand ein *weltweites Echo*. In Demonstrationen und Protesten wurde die Aktion der spanischen Arbeiter

im Ausland unterstützt. Geldspenden christlicher, sozialistischer und kommunistischer Gewerkschaften flossen nach Spanien, um die Streikenden zu unterstützen. Der Widerhall, den etwa der Prager Sender in Spanien hatte, sollte jedoch nicht zur Täuschung verführen, daß es sich allein um eine vom Weltkommunismus gesteuerte Aktion handelte. Eine der Überraschungen war die *Haltung der katholischen Kirche*, die sich weitgehend hinter die streikenden Arbeiter stellte. In der *Ecclesia*, dem Organ der Katholischen Aktion Spaniens, wurde das Streikrecht in außergewöhnlichen Situationen anerkannt. Die von der Kirche inspirierten *Arbeiterbruderschaften* nahmen erneut gegen die Staatsgewerkschaft Stellung. Priester unterstützten von der Kanzel die Sache der Arbeiter, und der Erzbischof von Toledo, *Kardinal Pla y Deniel*, zugleich Primas von Spanien, traf mit Franco zusammen, um dem Caudillo darzulegen, daß der Klerus nur jene Grundsätze vertreten habe, die diejenigen des gesamten Katholizismus seien.

Verbannung oppositioneller Politiker

Auf die Aktion der asturischen und baskischen Arbeiter folgte im Juni eine Demonstration oppositioneller Politiker, die vor Pfingsten am *Kongreß der Europäischen Bewegung* in München teilnahmen. Der bekannteste Name unter ihnen war *Gil Robles*, ein rechtsstehender Christlich-Demokrat, daneben etwa Prof. *Prados Arrarte*, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Madrid. Die Spanier traten in München für eine Wiederherstellung der elementaren demokratischen Freiheiten in ihrer Heimat ein. Sie veröhnten sich mit Exilpolitikern, so mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei Spaniens, die ihren Sitz in Paris hat. *Salvador de Madariaga*, der bekannte, in Oxford lebende Gelehrte, Diplomat und Schriftsteller, schaltete sich vermittelnd ein und sprach das hochgemute Wort, daß hier und heute der Spanische Bürgerkrieg erst zu Ende sei (vgl. NZZ, Nr. 2322, 12. 6., Nr. 2361, 14. 6.).

Die Heimkehrer der bayrischen Kapitale wurden jedoch in Madrid von Franco vor die

Alternative gestellt, entweder freiwillig ins *Exil* zu gehen oder aber einen *Zwangsaufenthalt* auf der kanarischen Insel Fuerteventura in Kauf zu nehmen. Eine Reihe Oppositioneller wie Gil Robles zogen das Exil der Internierung vor; andere Politiker und Intellektuelle sind inzwischen, zum Teil ohne die Möglichkeit der Alternative, nach Fuerteventura transportiert worden. Francos Gewaltmaßnahmen drohen Spannung und Chancen des Extremismus nur zu verstärken. Gemäßigte Kräfte wie Gil Robles, die für eine evolutionäre Entwicklung eintreten, weil sie um die Gefahren der kommunistischen Infiltration wissen, werden ausgeschaltet, während die Unterwanderung durch linksextremistische Kräfte nicht aufgehalten werden kann. Statt elastisch zu reagieren, schafft der Diktator durch Starrheit neuen Konfliktstoff und vergrößert die Zahl seiner Gegner.

Studentenunruhen in Portugal

Im Spanien benachbarten Portugal bewirken die Rückzugsgefechte im Kolonialreich innere Erschütterungen. Studenten führen einen aktiven Kampf gegen das autoritäre Regime Salazars. Ein *Hungerstreik von Lissaboner Studenten* im Mai und später eine Polizeiaktion gegen Studenten der ehrwürdigen Hochschule von *Coimbra*, die Lokale einer studentischen Organisation besetzt hatten, illustrieren die Unruhe intellektueller Kreise. Auch hier scheint das Regime nicht bereit, dem Drang der Liberalisierung, der von der Wirtschaft bis zur Kultur reicht, nachzugeben und auf diese Weise wertvollste Kräfte für den nationalen Aufbau zu gewinnen.

Ende des Terrors in Algerien?

Die Unrast in Spanien ist idyllischer Friede im Vergleich zum algerischen Hexenkessel. In diesen Wochen vor dem Plebiszit und den Wahlen folgten die Ereignisse mit immer größerer Härte und Grausamkeit aufeinander. Die *Geheimorganisation der OAS* wollte zuerst durch Mordanschläge, Brandstiftungen und allgemeinen Terror die Durchfüh-

zung der Abkommen von Evian verhindern. Nachdem sie mit totaler Destruktion nicht zum Ziele kam, versuchte sie mit dem FLN ins Gespräch zu kommen und Paris auszu-schalten. Auf ein Nein der algerischen Exil-regierung folgte eine neue Terrorwelle mit der Zerstörung von Spitälern, der Sprengung eines Staudamms und des Rathauses von Algier. Am 17. 6. erfolgte ein neuer Coup: Dr. *Mostefai*, der führende FLN-Mann in der provisorischen Exekutive in Rocher Noir, teilte über das Radio mit, daß der FLN in Gesprächen mit OAS-Führern von Algier eine Verständigung erreicht und *drei Konzessionen* gemacht habe: OAS-Terroristen werden einer Amnestie teilhaftig; Europäer werden in die künftigen Polizeikräfte übernommen; die OAS wird als Verhandlungspartner anerkannt. *Susini*, der Unterhändler der «Pieds noirs», erließ daraufhin einen Befehl zur *Einstellung des Terrors* — eine wichtige Voraussetzung für die Rückkehr normaler Verhältnisse.

Die letzten Hindernisse sind damit nicht überwunden. Die Verständigung muß auch von den *intransigenten OAS-Leuten* anerkannt werden, die ihren Hauptstützpunkt in Oran haben. Einige ihrer Exponenten erwägen eine Abspaltung ihres Territoriums, um so von einem OAS-Territorium aus gegen den FLN zu operieren. Auf algerischer Seite andererseits treten *Ben Bella* und seine Anhänger für einen harten Kurs ein.

Hoffnung und Skepsis um Laos

Mitte Juni ist die Auseinandersetzung um Laos in ein neues Stadium eingetreten: in der *Plaine des Jarres* einigten sich die drei laotischen Prinzen über die längst geforderte *Koalitionsregierung*, die die Geschicke des kleinen Pufferstaates im Zeichen des Neutralismus zwischen Ost und West hindurchsteuern soll. Der Neutralist *Souanna Phouma* ist Ministerpräsident und Verteidigungsminister; seine Anhänger *Quinim Pholsena* und *Pheng Phonsavan* übernehmen Außen- und Innenministerium. Der prokommunistische Prinz *Souphanouvong* bekleidet wie der prowestliche

General *Phoumi Nosavan* das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die Koalition kam unter der Drohung des kommunistischen Vormarsches und dem Druck Washingtons zustande, das seit Januar seine monatliche Hilfe von drei Millionen Dollar an die laotische Regierung in Vientiane eingestellt hatte.

Als nächstes muß die Regierung eine Delegation nach Genf entsenden, um dort die vorbereiteten *Abkommen über die Unabhängigkeit und Neutralität*, von der Laoskonferenz in langwierigen Verhandlungen ausgearbeitet, zu unterzeichnen. Dann erst stellen sich die heikeln Aufgaben: die prokommunistischen *Pathet-Lao-Truppen*, die mehr als zwei Drittel des Landes kontrollieren, sollen demobilisiert oder in eine nationale Armee integriert werden. Die *ausländischen Truppen* müssen vom laotischen Territorium abgezogen werden. Wird das nur für die rund 300 amerikanischen Berater gelten oder auch für die rund 10 000 Nordvietnamesen, die in den Reihen des Pathet Lao mitkämpften? Und wird der geheime *Korridor* aufgehoben, durch den Soldaten und Waffen von Nordvietnam nach Südvietnam geschleust wurden, um die kommunistischen Guerillas im Kampf gegen Ngo Dinh Diem zu unterstützen?

Zynisch ließe sich antworten, daß die kommunistische Konzeption der «friedlichen Koexistenz» Klassenkämpfe nicht ausschließe und der Vormarsch zum «Sozialismus» so mit den bewährten Mitteln ruhig weitergeführt werden könne. Skeptische Beobachter sprachen davon, daß die westliche Politik mehr auf der Vorgaukelung von Tatsachen denn auf diesen selber beruhe (Denis Warner in «The Reporter», June 7, 1962, Nr. 12, S. 21 ff.). Die Verhandlungen auf der Genfer Laoskonferenz illustrieren, wie sehr die Kommunisten die Artikel der Abkommen einseitig in ihrem Sinne zu interpretieren verstanden. Der Westen muß jedenfalls die Entwicklung in den nächsten Monaten mit großer Wachsamkeit verfolgen, um jedes allmähliche Abgleiten ins kommunistische Fahrwasser, jede totale Unterwanderung durch die Kommunisten zu verhindern.

Picus

ZEHN JAHRE INTERNATIONALES PRESSEINSTITUT

Zur diesjährigen Generalversammlung in Paris

Wer Freunden mitteilt, er reise demnächst zu einer Tagung nach Paris, nicht in irgend eine Stadt, sondern ausgerechnet nach Paris, muß auf ein verständnisvolles Lächeln oder eine leicht neidische Bemerkung vorbereitet sein, die etwa besagt: zu *dieser* Tagung würde ich auch fahren. Eine Organisation, die Frankreichs Hauptstadt zum Treff- und Beratungspunkt wählt, setzt sich unweigerlich dem Verdacht aus, das Unterhaltungsbedürfnis ihrer Mitglieder wichtiger zu nehmen als die zu behandelnden Vereinsgeschäfte.

Das *Internationale Presseinstitut* (IPI), das seine diesjährige Generalversammlung (15.—17. Mai) nach Paris ansetzte, muß man gegen solche Vorwürfe energisch in Schutz nehmen. Die weltweite Vereinigung von Redaktoren, deren Sekretariat im Salomon-Gebner-Haus in der Zürcher Altstadt arbeitet, hatte nämlich einen stichhaltigen Grund, ihre Mitglieder nach Paris zu rufen. Es galt, ein bescheidenes, aber trotzdem wichtiges Jubiläum zu feiern: Im Frühling 1952 hatten sich hundert Kollegen aus 22 Ländern zur Gründungsversammlung an der Seine zusammengefunden. Jetzt wollte man mit der Wiederwahl von Paris zum Tagungsort herausstreichen, daß diese internationale Redaktorenorganisation ihre Anfangsschwierigkeiten gemeistert hat und im Laufe von zehn Jahren zu einem leistungsfähigen, seinen Mitgliedern überaus nützlichen und bei am Zeitungswesen interessierten Kreisen respektierten Gebilde geworden ist.

*

Der Verlauf der Pariser Jubiläumstagung verriet das Rezept dieses Erfolges. Es wurde nicht gefeiert, sondern gearbeitet. Geburtstagsreden gab es keine. Drei Tage lang wurden vielmehr bald gemessen, bald temperamentvoll berufliche Probleme erörtert. Und hier muß man gleich wieder einem Mißverständnis vorbeugen. Das IPI ist nicht eine Berufsorganisation, deren vorderstes Anliegen die Löhne und Ferienansprüche ihrer

Mitglieder sind. Es verfolgt nicht «gewerkschaftliche» Ziele, es will vielmehr — ganz einfach ausgedrückt — den redaktionellen Teil der Zeitungen verbessern helfen, und darum beschäftigt es sich mit den Zeitungsleuten nur soweit, als sie durch ihre Schreib- und Redigierarbeit Diener am Kunden, dem Zeitungsleser, sind.

Eine Generalversammlung des Presseinstituts ähnelt einem Fortbildungskurs für Berufstätige. Diesen Sachverhalt illustrieren gleich zwei Themen, die auf der diesjährigen Traktandenliste standen: «Presse und Jugend» sowie «Probleme der Berichterstattung aus Afrika». Im ersten Fall wäre es darum gegangen, abzuklären, über welche Mittel der verantwortungsbewußte Zeitungsmacher verfügt, um die junge Generation als fleißige Zeitungsleser zu gewinnen. Die Aussprache über dieses wichtige und aktuelle Problem bleibt nachzuholen; die Auswahl der Referenten hatte nämlich zur Folge, daß man lauter, wenn auch aufschlußreiche Randfragen berührte. An der Kernfrage ging man vorbei, und sie lautet: Wie muß eine seriöse Zeitung ihren täglichen Pflichtstoff gestalten, um junge Leser vermehrt anzusprechen? Um so angeregter verlief die Afrika-Diskussion. Hier wurde reiches Material ausgebreitet, das den Korrespondenten auf den Außenposten wie den Redaktoren in den Büros helfen sollte, ihren Lesern zuverlässiger geprüfte und besser bearbeitete Afrika-Nachrichten vorzulegen.

Mit der Aussprache über die Berichterstattung aus Afrika wurde nur rein geographisch Neuland betreten. Ähnliche Untersuchungen — zum Teil in großangelegtem Rahmen — hat das IPI bereits über den Strom der Nachrichten zwischen Europa und Nordamerika, innerhalb Europas, zwischen Asien und dem Westen oder zum Beispiel über die Berichterstattung aus der Sowjetunion durchgeführt. Es läge ganz im Sinn der Gründer des Instituts, wenn die Afrika-Diskussion in Paris von der Leitung

des Instituts als Aufforderung zu einer ähnlichen vertieften Studie aufgefaßt würde. Den Nutzen hätten, wie in den früheren Fällen, letzten Endes die Leser.

*

Wir haben vorhin herausgestrichen, daß an der Jubiläumstagung des Presseinstituts ernsthaft gearbeitet wurde. Es wäre natürlich vermessen, auf Grund dieser Erfahrung zu behaupten, Zeitungsleute nähmen die Probleme ihrer täglichen Arbeit ernster als andere irgendwo versammelte Berufsgruppen. Aber möglicherweise haben Journalisten einfach einen Horror von der Art, wie viele Kongresse und Tagungen verlaufen, weil sie jahrein und jahraus die Pflicht haben, solche Anlässe als Beobachter und Berichterstatter mitzumachen. Wo sie selber Veranstalter spielen können, versuchen sie offensichtlich, aus den Fehlern der andern zu lernen.

Ganz ohne Resolutionen und Communiqués kommt allerdings auch das Presseinstitut nicht aus. So war es auch in Paris. Diese Resolutionen pflegen im Dienst einer zweiten Zielsetzung des Instituts zu stehen: dem Kampf für eine freie, von Regierung und Behörden unbeeinflussten Presse. Da hätten wir also den Tummelplatz, auf dem sich der Idealismus dieser kosmopolitischen Redaktorenvereinigung ungestraft in schönen Worten austoben kann? Sachte! Gerade hier dokumentiert das IPI seinen Sinn für die Wirklichkeit und beschränkt seine Aktivität auf das praktisch Erreichbare. Man macht sich die Sache nicht leicht und schickt am Ende jeder Generalversammlung ein Protesttelegramm zum Beispiel nach Moskau mit der Aufforderung, die Sowjetunion möge endlich Pressefreiheit gewähren. Vielmehr werden laufend alle Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit vor allem aus jenen Ländern gesammelt und durchleuchtet, aus denen sich die Mitglieder des IPI rekrutieren. Es sind lauter Länder, in denen die bürgerlichen Freiheiten zwar nicht immer unangefochten sind, aber doch mehr als bloß ein Schattendasein in der Verfassung führen. Hier kann man durch Proteste Kräfte zur Verteidigung der Pressefreiheit

mobilisieren. Hier kann das Presseinstitut auch moralischen Druck ausüben. Keine nichtkommunistische Regierung, die sich einen Verstoß gegen die Pressefreiheit zuschulden kommen ließ, sieht es gern, wenn das IPI seine Mitglieder an allen wichtigen Zeitungen in fünfzig Ländern auffordert, diesen Verstoß an den Pranger zu stellen.

Eine freie Presse muß allerdings nicht nur behördlichen, sondern auch kommerziellen Druckversuchen widerstehen können. Wie mannigfache Gefahren hier drohen, wurde in Paris an einer gemeinsamen Sitzung des Presseinstituts mit der Internationalen Föderation der Zeitungsherausgeber deutlich. Diese gemeinsame Sitzung unterstrich im übrigen einen eminent wichtigen Sachverhalt: Die Gefahr unlauterer Einflüsse von kommerzieller Seite kann nur gebannt werden, wenn Verleger und Redaktoren eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

*

Über die hartnäckigen Anstrengungen des IPI, etwas für die Wahrung der Pressefreiheit zu tun, wird der Zeitungsleser hie und da durch eine Notiz in seinem Leibblatt orientiert. Wenig oder nichts dagegen weiß er bisher von einem neuen, wichtigen Arbeitsfeld des Presseinstituts. Seit zwei Jahren betätigt es sich äußerst aktiv auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Nach sorgfältigen Vorstudien wurde ein Asien-Programm aufgestellt, und Gelder der Rockefeller-Stiftung ermöglichten es, im Frühjahr 1960 mit seiner Verwirklichung zu beginnen. Das Ziel ist weitgespannt. Man will in Asien den Textteil der Zeitungen verbessern und gleichzeitig die wirtschaftlichen Fundamente der Betriebe stärken helfen. Das Vorgehen in der Praxis nimmt sich weniger ambitiös aus, scheint aber denkbar wirksam zu sein. Vom IPI berufene redaktionelle Berater und «Management Consultants» besuchen Zeitung nach Zeitung, die ihre Dienste anfordern, gehen ihren dortigen Kollegen an die Hand und machen Vorschläge für Verbesserungen, die sie sorgfältig auf die örtlichen Gegebenheiten abstimmen. Für Redaktoren und Mitarbeiter werden zudem Seminare in der Form eigentlicher kurzer Berufsschulen durchgeführt.

Bisher zogen Zeitungen in Burma, Indien und in beiden Teilen Pakistans aus dem Asien-Programm Nutzen. Mehrere unter ihnen konnten ihre Auflage innert Jahresfrist um 10—15 Prozent steigern, und Herausgeber wie Redaktoren sind sich einig darüber, daß diese Erfolge auf den Rat und die Hilfe der IPI-Leute zurückzuführen sind. Das Resultat ist so erfreulich, daß nicht nur das Asien-Programm in erweiterter Form fortgesetzt wird, sondern bereits auch geprüft wird, wie man auf ähnliche Weise den Zeitungen in den jungen Staaten Afrikas beistehen könnte.

*

Im Verlauf der Pariser Tagung wurde einem bewußt, was außer dem Handwerkerstolz, die berufliche Leistung durch saubere Kleinarbeit zu verbessern, und der wohltuenden Mischung von Idealismus und Zweckdenken als dritter wichtiger Faktor den Erfolg des IPI begründen half. Es ist der glückliche Umstand, daß in den zehn ersten Jahren stets «Spitzenprodukte» der Journalistengilde die Geschäfte des Instituts leiteten. So war es unübertrieben ein Erlebnis, mitanzusehen, wie *Donald Tyerman*, Herausgeber des Londoner «Economist» und Vorsitzen-

der des Exekutivkomitees, vom Präsidentenstuhl aus die Geschäfte leitete. Was aber täten ein noch so guter Vorsitzender und ein Exekutivkomitee ohne einen fähigen Direktor? Das IPI hat das Glück gehabt, zehn Jahre lang dieses Amt in besten Händen zu wissen. Und da die Pariser Jubiläumsversammlung zugleich Abschiedstagung für den scheidenden Direktor *E. J. B. Rose* war, muß dieser Bericht unweigerlich mit einem würdigenden Wort über diesen bedeutenden Zeitungsmann schließen. Für seine Kollegen und Freunde war er ganz schlicht «Jim». Doch wer immer Jim zu ihm sagte, tat es selten ohne einen Unterton der Bewunderung. Diese Bewunderung galt dem Eifer, mit dem er Pläne faßte, und der Ausdauer, mit der er sie zu verwirklichen suchte. Vor keiner Aufgabe schreckte er zurück, jede fand er letzten Endes schön, weil sie «seinem» Institut diene. Diese Hingabe an seine Aufgabe, gepaart mit angeborenem Charme, machten ihn zum unwiderstehlichen Promotor des Presseinstituts. *E. J. B. Rose* gebührt für die Jahre seines Wirkens im Zürcher Sekretariat herzhafter Dank; seinem Nachfolger, dem Australier *Roban Rivett*, wünschen wir ebenso viel Erfolg.

Walter Stutzer

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Internationale Wirtschaftsprobleme

Die Verhandlungen der 6 EWG-Staaten über die *politische* Konsolidierung im Westen unseres Kontinents sind ins Stocken geraten, die Bemühungen um *die wirtschaftliche Integration Europas* zwischen dem Gemeinsamen Markt und Großbritannien kommen offenbar zwar langsam, aber zielbewußt vom Fleck, ohne daß verständlicherweise die Öffentlichkeit über die einzelnen Phasen des Meinungsaustausches unterrichtet wird. Die Wirtschaftszeitschriften der Berichtsperiode von

März bis Mai 1962 beschäftigen sich auch jetzt wieder ziemlich lebhaft mit den Problemen der Integration; wesentlich Neues wissen sie jedoch nicht zu berichten. Es genügt deshalb hier, nur auf einige Artikel in dem stets lesenswerten «Economist» (so am 7. 4.: «Stürme im Kanal», am 5. 5.: «Planned Europe?» und vor allem am 19. 5.: «Britain and the Six, not to Panic») und auf einen Aufsatz des Direktors des Schweizerischen Bauernverbandes, *R. Jöri*, in der «Agrarpolitischen Revue», Heft 8/9: «Die Landwirtschaft der neutralen Schweiz vor

der europäischen Integration» (vgl. dazu auch die «SAZ» vom 17. 5.) zu verweisen. In der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ»), Nrn. 9 bis 12, ist eine Darstellung vom «Stand der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft» aus der Feder von Hans Steffen instruktiv. Die Beziehungen der USA zu den europäischen Einigungsbestrebungen als Keimzelle für die *Atlantische Gemeinschaft* werden von der «Suisse Horlogère» am 24. 4. («Die Vereinigten Staaten, Europa und die Neutralen») und im «Wochenbericht» Nr. 17 des Bankhauses Bär («Atlantische Wirtschafts-Koordination») untersucht. Die St.-Galler «Außenwirtschaft» veröffentlichte im März einen Vortrag: «Probleme der europäischen und atlantischen Integration», den der deutsche Minister Erhard am 15. 1. vor der Handels-Hochschule in St. Gallen gehalten hat. Das soeben erschienene Maiheft des amerikanischen Wirtschaftsmagazins «Challenge» zeichnet sich durch eine Studie des Professors an der Yale-Universität Bela Balassa: «Der Gemeinsame Markt und die unterentwickelten Staaten» aus.

Die Anteilnahme der Wirtschaftszeitschriften am Geschehen in der *OECD* und im *GATT* wurde in der Berichtszeit überschattet von der in der Folge noch zu beleuchtenden Diskussion über die innerschweizerische Konjunktur- und Finanzlage. Die «Basler Nachrichten» bezeichnen am 26. 4. «die Verhinderung des Exports von wirtschaftlichen Schwierigkeiten» als die Hauptaufgabe der *OECD*. — Die «Schweizerische Handels-Zeitung» (SHZ) versieht am 29. 3. «die fünfte wichtige Zollrunde des *GATT*», die am 7. 3. mit einem Zollabkommen zwischen der EWG und den USA zu Ende gegangen ist, mit dem Urteil: «Die EWG sieht wesentliche Erleichterungen des Exportes nach den USA.» Auch im «Wirtschafts-Dienst — Betriebsführung» (April) werden die «Erfolge im *GATT*» rühmend hervorgehoben. — Der deutsche «Arbeitgeber» vom 5. 5. entwirft ein Bild von der «*Preisentwicklung* in der westlichen Welt». — Die «Neuen Finanzbriefe» nennen am 30. 4. «die *Geldwertstabilität* einen psychologischen Vorgang». — Fragen zur produktivitäts-

orientierten *Lohnpolitik*» beantwortet Prof. F. A. Lutz aus Zürich am 5. 4. im deutschen «Arbeitgeber». Auch der «Wochenbericht» Nr. 13 von Bär wartet mit einer anregenden Skizze zur «Lohnpolitik» auf. — «Wege und Ziele der österreichischen *Entwicklungsbilfe*» werden von der Wiener «Industrie» am 16. 3. gewiesen. Einen großen Teil seines Märzheftes hat auch der Hamburger «Wirtschaftsdienst» der Problematik der Entwicklungsbilfe gewidmet. — *Im übrigen* soll die Beachtung des Lesers noch auf die folgenden Veröffentlichungen gelenkt werden: In der «SAZ» vom 12. 4. erörtert Rudolf Guggenbühl «Möglichkeit und Grenzen in der Mitarbeit des Graphologen und Psychologen bei der Personalauslese». Die «Wirtschaftsrevue» vom Mai gibt Gedanken von Roger Reynand, einem Mitglied der Hohen Behörde in Brüssel, über «die Zukunft der europäischen Stahlindustrie» wieder. In den Frankfurter «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» («Monatsblätter») umreißt Prof. Dr. Carl Föhl die «volkswirtschaftliche Verantwortung des Unternehmers». Mit Genuß verfolgt man in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» («Versicherung») vom April die phantasievollen Hypothesen von Robert Stoll über «die Versicherung im Jahre 2000»; schließlich ist im «Internationalen Gewerbearchiv» vom März eine Arbeit von Prof. Dr. K. Hax über «die Entwicklungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmungen» reizvoll.

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

Die «Mitteilung» Nr. 152 der Kommission für Konjunkturbeobachtung wird unter der Devise: «Die schweizerische *Konjunktur* im Jahre 1961 und Ausblick auf 1962» von der amtlichen «Volkswirtschaft» im März publiziert. Die Bemühungen um die Konjunkturdämpfung in der Schweiz hebt am 20. 4. der deutsche «Arbeitgeber» als «fortschreitende Selbstdisziplin» rühmend hervor. «Teuerung und Konjunkturbekämpfung» sind die Themen von Betrachtungen in der «Horlogère» vom 5. 4., in der Zeitschrift

«Deutschland-Schweiz» im April, in der «SHZ» vom 10. 5. und aus der Feder von Nationalrat Dr. Hermann Häberlin in der von ihm redigierten «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 5. — Auf dem Gebiet des *Außenhandels* rügt die «Wirtschaftsrevue» im März «die schweizerische EWG-Neurose». Die eingetretene «Verstärkung des Strukturwandels im Außenhandel» unterstreicht der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins im März. Die «SHZ» heißt es am 22. 3. willkommen, daß die Handelsbeziehungen der Schweiz zu Frankreich noch ohne den Warenverkehr bedrängende «Integrationskomplexe» abrollen. Der wachsende Zollschatz im Ausland macht laut «Horlogère» vom 10. 5. der Schweizer Uhrenindustrie Sorge. — In *sozialpolitischer* Hinsicht unterzieht die «Horlogère» am 29. 3. das Arbeitsgesetz einer Analyse. — Wie eingangs angedeutet wurde, ist in der Wirtschaftspresse auch die Beschäftigung mit den Problemen *des Bankwesens, der Finanzen und Steuern* besonders lebhaft gewesen. Über die Generalversammlungen der Großbanken und die auf ihnen gehaltenen Referate berichtet die «NZZ» am 26. 3. (Nationalbank) und das «Bulletin» Nr. 2 (Schweizerischer Bankverein). «Finanz und Wirtschaft» («FuW») gedenkt am 21. 3. des hundertjährigen Jubiläums der Schweizerischen Bankgesellschaft, durch deren «Wachstum im Eiltempo» sich das gleiche Presseorgan vorher am 7. 3. beeindruckt gezeigt hatte. Insbesondere ist es aber die Zusammenarbeit zwischen der Nationalbank und den privaten Geldinstituten, die den einhelligen Beifall nicht nur in der Schweizer Wirtschaftspresse (vgl. in der Schweiz: «NZZ», Nr. 91 vom 3. 4., und «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft im Mai, im Ausland: «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») am 15. 4.) gefunden hat. Daneben geben die (englisch geschriebenen) «Prospects» des Schweizerischen Bankvereins, Nr. 86, einen instruktiven Überblick über die Auslandsanleihen der Schweiz seit 1947, und «FuW» bringt am 5. 5. eine Sonderbeilage, die über das Wesen der «Investment Trusts» orientiert. Die «Steuer-Revue» läßt ihre Stimme im März

zu dem Thema: «Doppelbesteuerungsverbot und Finanzausgleich», im April zu «der Tendenz nach Nivellierung» erschallen.

Zum Abschluß dieses Abschnitts möge noch ein Blick auf die folgenden Pressebeiträge geworfen werden: Von der «Agrarpolitischen Revue» im März wird ein Vortrag von Bundesrat Wahlen: «Die Verantwortung als Kernstück des Lebens in der Demokratie» «das rechte Wort zur rechten Zeit» genannt. «25 Jahre Versicherungsfachprüfungen in der Schweiz» werden von W. v. Wartburg in der «Versicherung» (März) als «Erfolg gemeinschaftlicher Ausbildung» gepriesen. Schiffahrts-Interessenten werden in der «SAZ» am 5. 4. und 10. 5. die Ausführungen über die schweizerische Flußschiffahrt und in der «Revue Economique Franco-Suisse» Nr. 1/62 die Artikel sachverständiger Autoren über die «Verbindung Rhone-Rhein» mit Aufmerksamkeit verfolgen.

Notizen aus Gebieten politischen und ökonomischen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa*: In bezug auf die *Beneluxunion* wird in «FuW» am 7. 4. ein Korrespondentenbericht aus den Niederlanden mit der Überschrift: «Die holländische Wirtschaft an einem Wendepunkt?» versehen. — Dr. Herbert Ehrenberg untersucht in den Kölner «Gewerkschaftlichen Monatsheften», Nr. 3, die Tendenzen der *deutschen* «gewerkschaftlichen Lohnpolitik in der Hochkonjunktur». — «Die Pariser Bodenreform» wird im «Kreditwesen» vom 1. 4. erläutert, und die Wiener «Industrie» spricht am 22. 4. von «wirtschaftlichen Befürchtungen in Frankreich». — Als Anreiz zur Exportförderung in *Großbritannien* empfiehlt ein Korrespondent dem «Economist» am 3. 3. eine neue Umsatzsteuer, von der nur die Ausfuhr befreit werden soll. Der Wiener «Industrie» wird am 27. 4. aus London berichtet, daß die «britische Industrieproduktion weiter niedrig» geblieben sei. Einen «britischen Fünfjahresplan», wie er vom National Economic Development Council vorgeschlagen wurde, hält der «Economist» am 12. 5. für eine

nützliche Anregung zur englischen Wirtschaftspolitik. — Wieder ist es der «Economist», der am 14. 4. interessante Einblicke in die Wirtschaft Irlands freigibt, das von der Wiener «Industrie» am 4. 5. als «guter Boden für neue Industrien» angesprochen wird. — «Enrico Mattei — dynamischer Ölstrategie», findet die Beachtung des Frankfurter «Volkswirts» am 6. 4. Ihr römischer Korrespondent verleiht in der Wiener «Industrie» am 27. 4. der Meinung Ausdruck, daß «auch Italien sein Wirtschaftswunder hat». — Mit «Arbeitsmarktproblemen in Finnland» (aus der Gruppe der *nordischen Staaten*) befaßt sich der deutsche «Arbeitgeber» am 5. 3., mit der «schwierigen Lage der finnischen Wirtschaft» die «SHZ» am 5. 4. Die ökonomischen Folgen der schwedischen Wahl zwischen «Anschluß an die EWG oder Isolierung» umreißt Bengt Reuterskiöld im «Vierteljahresbericht» Nr. 1/1962 der Skandinaviska Banken. — In der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 16. 3. beleuchtet Jürgen Tern die «österreichische Auffassung von Neutralität und Wirtschaftsgemeinschaft». Wie bisher liefern in der Berichtszeit die «Informationen aus Österreich» wöchentlich gediegenes Material zur ökonomischen Entwicklung ihres Landes. — Der Leser wird im «Economist» am 14. 4. über die Ausbreitung der *spanischen* Wirtschaft unterrichtet, die sich nach dem Urteil der Wiener «Industrie» vom 11. 5. «auf dem Wege nach Europa» befindet. — Der finanziellen Gesundheit der *Türkei* verleiht die «NZZ» am 13. 3. Ausdruck.

2. *Aus der übrigen Welt*: Daß Südamerika «das größte Entwicklungsgebiet für die westlichen Staaten» darstellt, betont die Wiener «Industrie» am 9. 3. mit Nachdruck.

«FuW» begrüßt es am 9. 5., daß Alvaro Alsogaray als Wirtschaftsminister in das *argentinische* Kabinett zurückgekehrt ist, und am 17. 5. verlautet in Nr. 133 der «NZZ» vom 17. 5. Näheres über «das Sanierungsprogramm Alsogarays». — Wieder ist es «FuW», die am 14. 4. die Meinung vertritt, daß ausländische Interessen in *Brasilien* nicht gefährdet sind. — Das *Israel*-Informations-Büro in Zürich verständigt in Nr. 8 seiner «Zeitprobleme» die Öffentlichkeit von «dem

neuen Wirtschaftsprogramm der israelischen Regierung».

Wirtschaftsinformationen über die USA

Unter dem Titel: «United States versus United States Steel» schildert der «Economist» am 21. 4. den Sieg Kennedys über die Stahlproduzenten. Aus New York wird er am 28. 4. über «wirtschaftliche Verdrossenheit» in den USA orientiert. — Die Wiener «Industrie» unterstreicht am 6. 4. den Druck, den der amerikanische Präsident auf die Annahme seines *Außenhandels*-Programms durch den Kongreß ausübt. Von Prof. William A. Dymaza wird im New Yorker Wirtschaftsmagazin «Challenge» (April) ein Bild der «amerikanischen Zölle in einer sich wandelnden Welt» entworfen. — Die «Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» leitet ihre März-Ausgabe durch einen längeren Aufsatz von Oscar L. Altman: «Ausländische Dollarmärkte» ein, und im «Kreditwesen» kommentiert am 15. 5. Frederick H. Rosenstiel «Aktienmißbräuche in Amerika».

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

«Sorgen der *Sowjet*-Manager» kennzeichnet Hans-Jürgen Eitner im Märzheft der «Monatsblätter». Die Freizeitgestaltung nennt Borys Lewitzkyj in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom April «ein in der Sowjetunion brennendes soziales Problem». Chruschtschew setzt auf das Agrarprogramm», meint «der Volkswirt» vom 4. 5. — Der Hamburger «Wirtschaftsdienst» enthält im März eine Kennzeichnung von «China im Abschlußjahr des zweiten Fünfjahresplans». — Im «Challenge», Nr. 3, wird «Titos Rezept» für die *jugoslawische* Wirtschaft charakterisiert. — «Der neue *ungarische* Fünfjahresplan» erfährt in «Osteuropa-Wirtschaft», Heft 1/1962, von sachverständiger Seite eine Interpretation.

Anatol J. Michailowsky setzt im «Wirtschafts-Dienst — Betriebsführung» vom März und Mai seine Informationen über

«den Weltkommunismus als wirtschaftlichen Gegenspieler» fort. Die Wiener «Industrie» versichert am 13. 4., daß «der Osten den Handel mit dem Westen» nötig hat.

Sonstiges

Zum Ausklang verdient das Heft des «Kyklos», der in Basel erscheinenden «internationalen Zeitschrift für Sozialwissenschaften», 1962-Fasc. I, eine besondere Erwähnung. Als Festgabe für Edgar Salin zur Vollendung seines 70. Lebensjahres entwerfen namhafte Schriftsteller des In- und Auslandes ein anschauliches Bild der politischen Ökonomie von heute. Unter vielem anderen Wertvollen sei auf die Beiträge der Professoren Dr. Gottfried Bombach in Basel («Über die Möglichkeit wirtschaftlicher

Voraussagen»), Dr. Walter Hallstein, Präsident der EWG-Kommission in Brüssel («Wirtschaftliche Ergebnisse der europäischen Integration»), Dr. Andreas Predöhl in Münster/Westf. («Bedeutungswandel des Freihandels») und Dr. Günter Schmölders in Köln («Zur Psychologie der Vermögensbildung in Arbeiterhand») hingewiesen. Auch das in den letzten Tagen erschienene Heft 2 des «Kyklos» ist wieder beachtlich, unter anderm werden die Arbeiten von Tom Kemp in Hull («Strukturelle Faktoren bei der Verzögerung im französischen Wirtschaftswachstum») und R. S. Bhambri von der Universität in Nord-Staffordshire («Unternehmungs-Initiative und Wirtschaftspolitik») aufnahmebereite Leser finden.

(Abgeschlossen Ende Mai 1962.)

Hans Posse